LEiS-NRW e.V. | Huckarder Str. 12 | 44147 Dortmund

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/3724

A15

Ralf Radke
Vorsitzender

Tel. 0151-21276111
radke@leis-nrw.de

An den
Präsidenten des Landtags NRW
Postfach 101143
40002 Düsseldorf

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12594

„Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern eine Perspektive geben – mehr pädagogische Entscheidungen den Schulen übertragen und aus der Pandemie gut durchstarten."

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Antrag der Fraktion der SPD nehmen wir als LEiS NRW sehr gerne wie folgt Stellung:

Zu III

- „Seit Ausbruch der Pandemie konnten viele lehrplanrelevante Lerninhalte nicht vermittelt werden. Es ist zu überprüfen, welcher Stoff davon unbedingt nachgeholt werden muss, aber auch, welcher entfallen kann. Prioritäten setzen ist jetzt wichtig."

  Wir begrüßen diesen Punkt und unterstützen diese explizit diese Forderung.

- „Seelische und körperliche Belastungen, die Kindern und ihren Familien durch die Pandemie entstanden sind, müssen aufgearbeitet werden …." Wir halten es für fragwürdig, dies mitten in der Pandemie zu beginnen und wünschen uns eine Schadensminimierung.

  Bei der Frage der außerschulischen Lernorte (Jugendzentren und offene Treffs) würden wir uns wünschen, diese zur Entzerrung der räumlichen Engpässe, insbesondere zur Einrichtung von Studyhalls, personell und räumlich zu nutzen.

  Auch wir sehen, dass der Ganztag enorme Potentiale für die Entwicklung unserer Kinder, für deren Förderung und für ein besseres Bildungsangebot insgesamt bietet. Allerdings müssen wir darauf achten den Ganztag pandemiegerecht zu gestalten.

- „Familien brauchen eine Perspektive und Verlässlichkeit, wie sie ihr Leben in den nächsten Monaten planen können. Um den Neustart nach der Pandemie zu erleichtern, sind sie auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen." **Wir unterstützen diese Forderung und würden auch schon zum jetzigen Zeitpunkt eine finanzielle Unterstützung begrüßen.**

Zu IV

- „Im Rahmen eines neuen Bildungsganztages werden insbesondere in den Klassen 1 bis 6 Möglichkeiten geschaffen, individuelle Defizite auszugleichen. Die Erprobungsstufe wird bis zu Ende der Jahrgangsstufe 7 ausgeweitet.“

  Wir lehnen eine Erprobungsstufe grundsätzlich während und nach der Pandemie ab. Aufgrund der individuellen Förderung durch professionelles Personal muss es den Schulen möglich sein, Schülerinnen und Schüler, die sie aufnehmen, zu einem schulischen Abschluss zu führen.

- Insbesondere die Bedürfnisse von Kindern mit besonderen Förderbedarfen müssen in den Blick genommen werden. Dabei müssen die Förderschulen stärker berücksichtigt werden.

  Wir möchten, dass Schulen des gemeinsamen Lernens ebenfalls einen Schwerpunkt bilden.

- Für die Klasse 10 müssen ausbildungsbegleitende Hilfen von August bis November zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt muss sichergestellt werden, dass Angebote der Berufsorientierung, einschließlich Lösungen für die Berufspraktika, an allen weiterführenden Schulen gewährleistet werden, um einen Anschluss nach dem Schulabschluss zu ermöglichen.

  Die ZP-10 soll ausgesetzt und die Versetzung soll durch die Konferenz (wie im letzten Jahr) beschlossen werden.
  Einen Freischuss für die Abiturklassen halten wir für angemessen.

Zum Punkt:

- Um Gesundheitsschutz und Bildung bestmöglich zu vereinbaren, braucht es eine umfassende Teststrategie für Lehrerinnen und Lehrer, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OGS sowie alle weiteren in der Schule Anwesenden. Alle an der Schule tätigen Personen müssen darüber hinaus im Impfplan mit Priorität berücksichtigt werden.

  Zum Gesundheitsschutz gehört auch der Gesundheitsschutz der Kinder und Jugendlichen.
  Dazu fordern wir die strikte Beachtung der SARS-CoV-2–Schutzstandard Schule im Rahmen der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung und wir fordern, dass das Ministerium die einzelnen Gefährdungsbeurteilungen der Schulen zumindest stichprobenartig überprüft.

So wichtig und notwendig die genannten Forderungen für die Zeit nach der Pandemie sind möchten wir aber anmerken, dass es noch nicht die Zeit ist Stoffrückstände und andere Versäumnisse aufzuholen, wenn man dies überhaupt kann. Wichtiger ist jetzt die Schäden und Probleme denen unsere Kinder und Jugendlichen in und durch die Pandemie angesetzt sind auf ein Minimum zu begrenzen. Damit wir keine Schüler*innen mehr verlieren. Das Eingeständnis, das dies kein „normales“ Schuljahr ist dringen notwendig und muss im realen Handeln ablesbar sein. D.h. anstelle alle Schüler*innen für wenige Stunden und unter Infektionsrisiko wieder in die Schulen zu holen, sollten die Schüler*innen in die Schulen geholt werden die es wirklich brauchen (Studyhalls). Parallel hierzu müssen Schulen,

Schulaufsicht und Schulträger analysieren, wo und warum der DU nicht oder nicht gut funktioniert. Erst wenn wir durch die Pandemie durch sind, können wir uns darauf konzentrieren wie die Schäden der Pandemie gemildert werden können.

Mit besten Grüßen

Ralf Radke